

# SOLIDARITÄT



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-  
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 8 • 37. Jahrgang

Berlin, den 21. Februar 1931

## An die Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe!

Der Reichsarbeitsminister hat den am 2. Februar 1931 gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung des tariflichen Spitzenlohnes von 58,50 Mf. auf 55 Mf. vorsieht, am 14. Februar für verbindlich erklärt. Diese Entscheidung bedeutet Nichtbeachtung aller berechtigten Gründe und Nachweise der Organisationsvertreter der Arbeiterschaft, die gegen die Verbindlichkeitserklärung eines Lohnabbaues im Buchdruckgewerbe geltend gemacht wurden. Auch die mit dieser Entscheidung verbundene völlige Außerachtlassung der von der gesamten Arbeiterschaft unsres Gewerbes angebotenen Opferbereitschaft zugunsten einer fühlbaren Verringerung des Arbeitslosenelends zwingt dazu, diesen staatlichen Hoheitsakt als soziale Ungerechtigkeit zu beurteilen. Die politische und moralische Verantwortung der Reichsregierung für diese Handlung kann keineswegs durch Berufung auf die aus staatspolitischen Gründen vertretene angebliche Notwendigkeit einer allgemeinen Senkung der Produktionskosten durch Lohnabbau und eine damit zu erleichternde Preis senkung abgeschwächt werden. Denn die Steigerung der Preise im deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbe ist im Vergleich zur Vorkriegszeit um mehr als das Doppelte höher als die des Lohnes. Aus diesen Gründen protestieren die Organisationsvorstände der gesamten deutschen Buchdruckereiarbeiter gegen die Verbindlichkeitserklärung und betonen, daß ihr jede sachliche Berechtigung fehlt, weil die nach § 6 Ziffer 1 der Schlichtungsverordnung erforderliche gerechte Abwägung der Interessen beider Teile und der Billigkeit nicht gewahrt, wie auch die Durchführung des Schiedsspruchs weder aus gewerblichen, allgemein wirtschaftlichen, noch aus sozialen Gründen erforderlich ist.

Die Verbindlichkeitserklärung macht den Inhalt des Schiedsspruchs für die Tarifparteien zu einem Zwangstarif mit weitgehenden schuldrechtlichen Verpflichtungen der dagegen verstoßenden Tarifparteien. Das hat zur Folge, daß die vertragsschließenden Organisationen gesetzlich verpflichtet sind, ihre Organe und ihre Mitglieder durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Befolgung der tarifvertraglichen Verpflichtungen anzuhalten und im Falle der Zuwiderhandlung für die Wiederherstellung des Friedensstandes Sorge zu tragen. Diese Rechtsverhältnisse machen es unsern Organisationen leider unmöglich, die Verbindlichkeitserklärung trotz ihrer sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit durch gewerkschaftliche Kampfhandlungen wirkungslos zu machen.

Die Unternehmer des Buchdruckgewerbes haben es also wieder einmal nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe der in der Frage des Lohnabbaues falsche Wege gehenden Staatsgewalt erreicht, daß an die Stelle freier Vereinbarungen über die tarifliche Entlohnung ein Zwangstarif getreten ist, der

im schroffsten Widerspruch zu berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft steht und eine schieblich-friedliche Abwicklung der gegenseitigen Pflichten und Rechte keineswegs erleichtert. Trotzdem fühlen sich die Organisationsvorstände im Interesse der dem Arbeitslosenelend preisgegebenen Berufsgenossen verpflichtet, allen ihren Mitgliedern zu empfehlen, nach besten Kräften im Sinne des von unsern Vertretern auch noch in den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium nachdrücklich vertretenen Antrags zu wirken, wonach unter Beibehaltung des bisherigen Lohn tariffs eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden und ein für beide Teile erträglicher Lohnausgleich eine entsprechende Neueinstellung von Arbeitskräften ermöglichen soll. Daß tarifwidrige Kampfmaßnahmen auf diesem Wege zu vermeiden sind, ist gesetzlich bedingt. Es dürfte aber zu erwarten sein, daß es nicht an Unternehmern fehlt, die nach sachlicher Aussprache mehr Verständnis für die von dem ungeheuren Arbeitslosenelend betroffenen Arbeiter haben, als die von andern Unternehmerkreisen beeinflusste Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Auch sonst wird es noch notwendig sein, zur Wiedereinreihung unsrer arbeitslosen Kollegen in den Produktionsprozeß alle tarifrechtlich zulässigen Wege wirksam zu beschreiten; insbesondere durch eine noch viel nachdrücklichere Geltendmachung der tariflichen Vorbeugungsmaßnahmen in der Überstundenfrage! Darüber hinaus ist eine entschiedene Abwehr gegen jeden weiteren Abbau des übertariflichen Lohnes mit allen Kräften durchzuführen. Die Organisationen werden den dadurch bedrohten Kollegen jede satzungsgemäße Unterstützung gewähren.

Angeichts der von Unternehmerseite gegenwärtig bewiesenen Rücksichtslosigkeit gegenüber den einfachsten Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft ist strengste Geschlossenheit und unbedingtes gegenseitiges Vertrauen innerhalb unsrer Organisation und innerhalb jedes Betriebes erforderlich. Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten weltanschaulicher und politischer Herkunft oder persönlicher Verstimmlung aus kleinlichen Dingen ist notwendiger als je zuvor. Sind wir auch von Gesetzes wegen gezwungen, dem einseitigen staatlichen Machtanspruch Rechnung zu tragen, so kann doch keine Macht uns daran hindern, durch engste kollegiale Zusammenarbeit und in treuer gewerkschaftlicher Verbundenheit die Folgen dieser Entscheidung nach besten Kräften abzuwehren. Unsere gemeinsame Aufgabe bleibt es, die gegenwärtige Lohnpolitische Diktatur für ihre Anhänger zu einem „Sieg“ werden zu lassen, der sie bald davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes selbst aus trüben Tagen die Kraft schöpfen kann, einer besseren Zukunft die Wege zu ebnen!

Berlin, den 14. Februar 1931

Die Organisationsvorstände

# Bekanntmachung

Auf Grund der Bestimmungen des § 19 Ziffer 2 des Verbandsstatuts wird hiermit der

## X. ordentliche Verbandstag

zu Montag, dem 22. Juni 1931 und folgende Tage nach Stuttgart, Höhenrestaurant Schönblick, Höhenweg 2, einberufen.

Anträge der Zahlstellen oder Gaue sind bis spätestens den 28. März 1931 dem Verbandsvorstand einzusenden; später eingehende Anträge können nicht mehr fristgemäß veröffentlicht und daher nicht berücksichtigt werden.

Die Bekanntgabe der Delegiertenzahlen sowie die Veröffentlichung der Wahlvorschriften und der rechtzeitig gestellten Anträge erfolgt am 18. April 1931.

**Der Verbandsvorstand.**  
E. Puchert, 1. Vorsitzender.

## Eine soziale Ungerechtigkeit

Was wir befürchten haben, ist eingetroffen. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch vom 2. Februar, der eine rund sechsprozentige Kürzung der Tariflöhne im Buchdruckgewerbe vorsteht, am 14. Februar für verbindlich erklärt. Damit hat diese ungerechte Entscheidung, die größte Empörung unter den Buchdruckerarbeitern ausgelöst hat, Gesetzeskraft erlangt. Die Arbeiterschaft des Gewerbes soll durch staatliche Nachtmittel gezwungen werden, sich mit diesem Lohnraub abzufinden, sie soll sich mit dem bescheiden, was Schlichterpruch und Staatsweisheit ihr gnädigst zugestehen, ohne mit der Kraft ihrer Organisationen dagegen ankämpfen zu können.

Schon vom 5. bis 7. Februar haben in einer gemeinsamen Sitzung Verbandsvorstand, Beirat und Gauleiter sich eingehend mit der durch den Schiedspruch geschaffenen Lage befaßt und die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse einer Betrachtung unterzogen. Im Kreise der Verbandsleitung bestand kein Zweifel über die möglichen Folgen dieser Entscheidung zugunsten der Unternehmer, die, unfinnig und ungerecht, von schlimmster Wirkung für die Arbeiter des Gewerbes sein muß. In der Darstellung der betrieblichen Wirtschaftslage kam zum Ausdruck, daß die Unternehmer den wahren Tatbestand über die gewerblichen Verhältnisse verschleiern und der Öffentlichkeit eine Fiktion zur Schau stellen, die mit der Wirklichkeit nichts oder fast nichts gemein hat. Die große Arbeitslosigkeit berührt die Unternehmer wenig und werde nur als Vorwand gebraucht für ihre scheinbare Not und mangelnde Beschäftigung in den Betrieben. Sie soll Beweismittel sein für die Notwendigkeit einer Lohnsenkung. Die bittere wirtschaftliche Not der Erwerbslosen, das Elend der Arbeitslosigkeit bewege kein Unternehmerherz, das Arbeitslosenfeld sei ihnen nur Mittel zum Zweck, Handhabe, ihren beschäftigten Lohnraub mit staatlicher Hilfe durchzuführen. Aus den Berichten der Gauleiter war zu entnehmen, daß in vielen Orten die Unternehmer für einzelne Betriebe eine Lohnsenkung noch extra vornehmen wollten, ihnen aber da, wo die Personale nach Verständigung mit der Verbandsleitung und unter Beachtung der ergangenen Weisungen sich zur Wehr setzten, kein Erfolg beschieden war. Nur unüberlegtes Handeln brachte einigen Beschäftigten Schaden. Bei entschlossener und gut geleiteter organisatorischer Abwehr konnten die Unternehmer mit einem Male die alten Löhne weiterzahlen. Ohne Schiedspruch und Staatszwang würden sie es auch für das gesamte Gewerbe tun können, deshalb muß schärfster Widerstand den Forderungen der Unternehmer entgegengesetzt werden.

In der Konferenz wurde auch über Maßnahmen beraten, wie nach einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vorgegangen werden soll. Die Mitglieder sind zu einem geschlossenen Abwehrkampf bereit, die Organisation ist in jeder Hinsicht gefestigt und in der Lage, größere Kämpfe zu führen. Der Verband hat die Mittel, weitere Vorstöße der Unternehmer zurückzuschlagen. Vom Verbandsvorstand wurde verlangt, nach erfolgter Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs den Zahlstellenleitungen und den Mitgliedern entsprechende Verhaltensmaßregeln zu geben, die im einzelnen besprochen wurden.

Die Verbandsleitung hat also mit dem Zustand, der jetzt vorliegt, gerechnet und Vorzüge getroffen, die Mitglieder vor der Ungerechtigkeit einer Lohnkürzung zu schützen. Ihr stellt sich nun eine Macht entgegen, die gesetzlich und tarifrechtlich die Bewegungsfreiheit einengt, aber uns nicht zu völliger Untätigkeit zwingen kann. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers fordert den schärfsten Protest der Buchdruckerarbeiterschaft heraus; sie erblicken in der Verbindlichkeitsklärung eine einseitige Stellungnahme für die Unternehmer. In dem Aufruf der Organisationsvorstände an die Ar-

beiterschaft im Buchdruckgewerbe, den die Mitglieder in dieser Nummer der Verbandszeitung finden, wird dargelegt, welche Folgen die Entscheidung des Ministers nach sich zieht, wird aber auch weiterhin gesagt, wozu die Buchdruckerarbeiter trotz Verbindlichkeitsklärung berechtigt sind. Gewiß sind tarifwidrige Kampfmaßnahmen zu vermeiden, niemand kann aber die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes daran hindern, weiterhin für ihre Forderung auf Verfüzung der Arbeitszeit einzutreten. Wer will es den Buchdruckerarbeitern verwehren, für ihre erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen mit den ihnen geeignet erscheinenden zulässigen Mitteln tätig zu sein und alles zu versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen. Wie hier vorgegangen werden muß, ist den Funktionären bereits durch den Verbandsvorstand bekannt geworden. Ein besonderer Hinweis soll hier nur noch auf die in dem Aufruf der Organisationsvorstände angelegene Überstundenfrage gegeben werden. Das Verhalten der Belegschaften bei Ansetzung und Leistung von Überarbeit dürfte unsere Arbeitslosen stark interessieren und von ihnen auch wohl kontrolliert werden. In dieser Frage hat alles zu geschehen, was nach Lage der Verhältnisse möglich erscheint. Vor allem ist vor einer falschen Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse des Betriebes zu warnen, womit die Unternehmer und ihre Betriebsvertreter die Leistung von Überstunden dem Personal oft schmachhaft machen wollen. Die Unternehmer haben in diesem Lohnkampf nicht die geringste Rücksicht auf die Arbeiterschaft des Gewerbes genommen, die Arbeiter und ihre Vertretung brauchen deshalb nicht mehr entgegenkommend zu sein. Es schadet gar nichts, wenn der Unternehmerfreude über ihren vermeintlichen Sieg ein gehöriger Dämpfer aufgesetzt wird.

Obwohl wir Hilfsarbeiter mit einer übertariflichen Bezahlung nicht reich geüget sind, wird doch darauf zu achten sein, daß die Leistungszulagen, wo solche bestehen, in voller Höhe weitergezahlt werden. Versuche der Unternehmer, in dieser Hinsicht noch einmal zu verdienen, müssen energisch zurückgewiesen werden. Der Verband steht seinen Mitgliedern helfend zur Seite; Voraussetzung für diese Hilfe ist Verständigung mit der Leitung und ordnungsgemähes Handeln. Sind uns jetzt auch nach einer Richtung hin die Hände gebunden, so haben wir doch keine Ursache, untätig zu sein. Im Gegenteil ist größte Regsamkeit am Platze, die den Unternehmern beweist, daß wir noch lange nicht kampflös das Feld räumen. Die Zurückstellung von Meinungsverfeindeten persönlich und grundsätzlicher Art, die die Organisationsvorstände dringend anraten, wird in diesem Kampfe mit dem gewerblichen Unternehmertum nur nützlich sein. Wir sollten uns zuerst darauf besinnen, daß wir einen gemeinsamen Gegner haben, der wohl jetzt einen Schrittbreit Boden gewonnen hat, der aber unbedingt wieder zurückgeworfen werden muß, damit ihm die Luft vergeht, erneut einen Vorstoß zu wagen. Kollegiales Zusammenarbeiten, fluges taktisches Vorgehen und Vertrauen zur Organisation nur können uns befähigen, mit dieser Zeit und den kapitalistischen Nutznießern fertig zu werden.

## Handbemerkungen zur Politik

### Neue Zellenbauer

Die Nazis, denen bisher nur der politisch vollkommen naive Mittelstand auf den Leim kroch, erinnern sich wieder einmal daran, daß sie eigentlich eine „Arbeiterpartei“ sind. Sie werden jetzt versuchen, die „Arbeiterpartei“ zu erobern.

Nach den Richtlinien zur Neuorganisation der Betriebszellen soll die Eroberung der Betriebe die bisher größte historische Tat der Nationalsozialistischen Partei werden. Diese außerordentliche Tat soll sich ungefähr folgendermaßen abspielen: In allen Betrieben werden Betriebszellen gebildet, die zu Fachgruppen zusammengefaßt werden, die wieder zu zwölf großen Industriegruppen vereinigt werden. Die Beiträge von monatlich 0,50 bis 1,50 Mark sollen restlos für Propaganda verbraucht werden. Unterstützungseinrichtungen gibt es nicht.

Mit Hilfe dieser Zellen wird dann die Arbeiterschaft von der marxistischen Ideologie befreit. Am leichtesten geht das, wie die Richtlinien annehmen, bei den Mitgliedern der KPD. Eigene Gewerkschaften wollen die Nazis vorläufig nicht gründen.

Sie wollen ihre Mitglieder innerhalb der freien Gewerkschaften wählen lassen.

Die Arbeiterschaft ist aber nicht annähernd so einseitig wie der deutsche Mittelstand. Sie wird es verstehen, sich diese unsauberen Gesellen vom Leibe zu halten.

### Unfreiwillige „Völkischweiliche Selbstkritik“

Stalin hat vor den Industrieleitern der Sowjetunion eine große Rede gehalten mit der Losung: Durchführung des Fünfjahresplans in den entscheidenden Industriegewerkschaften in drei Jahren.

Die Rede ist geschickt eingekleidet. Bei näherem Zusehen merkt man aber doch, daß sie das Eingeständnis

## Tarifliche Mindestlöhne für das Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal

Gültig ab 14. Februar 1931

### Männliche Hilfsarbeiter im Alter von

Ortsaufschlag	über 24 Jahre		21 bis 24 Jahren		19 bis 21 Jahren		17 bis 19 Jahren	
	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn
0	36,30	76	30,80	64	27,50	57	23,10	48
0 1/2	37,21	78	31,57	66	28,19	59	23,68	49
1	38,12	80	32,34	67	28,88	60	24,26	50
1 1/2	39,03	81	33,11	69	29,56	62	24,83	52
2	39,93	83	33,88	71	30,25	63	25,41	53
2 1/2	40,84	85	34,65	72	30,94	64	25,99	54
3	41,75	87	35,42	74	31,63	66	26,57	55
3 1/2	42,66	89	36,19	75	32,31	67	27,14	57
4	43,56	91	36,96	77	33,00	69	27,72	58
4 1/2	44,47	93	37,73	79	33,69	70	28,30	59
5	45,38	95	38,50	80	34,38	72	28,88	60
5 1/2	46,29	97	39,27	81	35,07	73	29,46	62
6	47,19	99	40,04	83	35,76	75	30,04	63
6 1/2	48,10	100	40,81	84	36,45	77	30,62	64

1) Hannover, 2) Dresden, München, Stuttgart, 3) Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

### Weibliche Hilfsarbeiter (Anlegerinnen) im Alter von

Ortsaufschlag	über 21 Jahre		19 bis 21 Jahren		17 bis 19 Jahren	
	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn
0	24,64	51	22,88	48	20,68	43
0 1/2	25,26	53	23,45	49	21,29	44
1	25,87	54	24,02	50	21,71	45
1 1/2	26,49	55	24,60	51	22,23	46
2	27,10	56	25,17	52	22,75	47
2 1/2	27,72	58	25,74	54	23,27	48
3	28,34	59	26,31	55	23,78	50
3 1/2	28,96	60	26,88	56	24,30	51
4	29,57	61	27,46	57	24,82	52
4 1/2	30,18	63	28,03	58	25,33	53
5	30,80	64	28,60	60	25,85	54
5 1/2	31,41	66	29,17	62	26,36	55
6	32,03	67	30,18	63	27,49	57
6 1/2	33,55	70	31,55	66	28,50	60

1) Hannover, 2) Dresden, München, Stuttgart, 3) Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

### Sonstige Hilfsarbeiterinnen im Alter von

Ortsaufschlag	über 21 Jahre		19 bis 21 Jahren		17 bis 19 Jahren	
	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn
0	19,80	41	18,04	38	16,28	34
0 1/2	20,33	42	18,49	39	16,69	35
1	20,79	43	18,94	40	17,09	36
1 1/2	21,29	44	19,39	41	17,50	37
2	21,78	45	19,84	42	17,91	37
2 1/2	22,28	46	20,30	43	18,32	38
3	22,77	47	20,75	44	18,72	39
3 1/2	23,27	48	21,20	44	19,13	40
4	23,76	49	21,65	45	19,54	41
4 1/2	24,26	51	22,10	46	19,94	42
5	24,75	52	22,55	47	20,35	43
5 1/2	25,27	54	23,76	50	21,65	46
6	26,41	55	24,26	51	22,10	46
6 1/2	27,50	57	25,30	53	23,10	48

1) Hannover, 2) Dresden, München, Stuttgart, 3) Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

einer Seite ist. Stalin stellt fest, daß der Plan im ersten Jahr nicht erfüllt wurde. Statt eines Zuwachses von 31 bis 32 Prozent ergab sich nur ein Zuwachs von 25 Prozent. Wir wollen gutgläubig annehmen, daß diese Zahl stimmt. Es bleiben dann, wenn Stalin an seine Losung von der Durchführung des Fünfjahresplans in drei Jahren glaubt, noch zwei Jahre, um den Fehlbetrag des ersten Jahres und die vorgenommenen Leistungen von vier Jahren aufzuholen. Nach diesem Anfang ist das alles anders als wahrscheinlich.

Stalin erklärte auch, warum der Plan nicht erfüllt wurde: es fehlte am Können zur Leitung der Produktion. Damit mag er recht haben. Wir wünschen den Russen alles Gute für ihren Fünfjahresplan. Wir wünschen ihnen vor allem, daß sie sich viel eingehender und gründlicher mit ihm beschäftigen, damit sie weniger Zeit und Lust haben, sich in die Verhältnisse anderer Länder einzumischen.

### Amateurrieger

In einigen thüringischen Städten, über denen der Geist des Innenministers Fried Schöb, werden von Zeit zu Zeit Gasübungen und ähnliches abgehalten. Auf den Gasalarm hin rennen die Einwohner in die Keller und halten sich, da sie ja doch keine Gasmasken haben, wahrscheinlich die Nasen zu. Diese kindliche Kriegsspielerei ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß sich unsere Durchschnittsnazis den Krieg nicht lebhafter vorstellen können, als es sonst der kleine Moritz tut.

Solchen Albernheiten gegenüber ist es eine Freude, ein Gerichtsurteil zu lesen, das vom Hamburger Schöffengericht gefällt wurde. Die wegen Flugblattverteilung Angeklagten wurden zwar wegen Hausfriedensbruchs mit je 50 Mark Geldstrafe verurteilt, in der Urteilsbegündung aber führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Poppert, folgendes aus: „Die Aufforderung, sich an einer Antikriegsdemonstration zu beteiligen, ist eine Tat, die durchaus als im vaterländischen Interesse liegend angesehen werden muß. Der Krieg würde das Ende des Deutschen Reiches und die beschämte Ausrottung des deutschen Volkes bedeuten. Somit handelt jeder, der gegen den Krieg demonstriert, objektiv im ausgeprochenen Interesse des Deutschen Reiches.“

# Ausland

## Internationales Buchdrucker-Sekretariat

Sitzung

der Sekretariatskommission vom 6. Februar 1931

Das Sekretariat gibt Kenntnis vom Eingange einiger Mitteilungen, die durch die „Mitteilungen“ teilweise überholt sind: Der isländische Verband hat erfolgreich seine Tarifbewegung beendet, der norwegische Verband stellt verschiedene Bewegungen in Aussicht, der jugoslawische Verband meldet den endlichen vorteilhaften Abschluß eines Tarifes für Slowenien, der estnische Verband ist in der Lage, Meldung zu machen von der Neukonstituierung seines Vorstandes und von der Wiederaufnahme einer regelmäßigen Tätigkeit. Die auswärtigen Mitglieder der Erweiterten Sekretariatskommission geben ihre Ansicht über die Bewegung des spanischen Verbandes kund; diese Ansichten decken sich mit denjenigen der Berner Kommission.

Es wird Kenntnis genommen von der Entwicklung der Lohn- und Arbeitszeitverfälschungsbewegung im deutschen Buchdruckgewerbe und vom Schiedspruch vom 2. Februar, der in der Spitze 3,50 Mark oder 6 Prozent Lohnabbau vorsieht, ohne daß auf die vorgeschlagenen Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen Rücksicht genommen worden wäre. Das Sekretariat unterrichtet die Verbände durch ein Zirkular über die im Gange befindlichen Bewegungen und fordert alle zu größter Bereitschaft auf. Die Kommission wird ihrerseits jederzeit bereit sein, den Beschlüssen der Instanzen der deutschen Bruderverbände entsprechend zu handeln; sie erwartet mit Vertrauen die Entwicklung der Bewegung und versichert die deutsche Kollegenchaft ihrer restlosen Sympathie und festen Bereitschaft.

Die Tarifbewegung im belgischen graphischen Gewerbe nimmt ebenfalls die ganze Aufmerksamkeit der Kommission in Anspruch. Nachdem ein Antrag der Prinzipalität auf Verlängerung des bestehenden Vertrages auf drei Jahre abgewiesen werden mußte, unterbreitete die Prinzipalvertretung eine Anzahl Anträge, die große Verschlechterungen mit sich bringen müßten. Auch hier dürfte die Internationale Aufmerksamkeit die Ereignisse verfolgen, zeigen sich doch in den Prinzipalsanträgen deutlich die internationalen Verschlechterungen beim Unternehmertum.

Die am 5. Januar in Madrid ausgelöste Bewegung geht infolge der Unnachgiebigkeit des Unternehmertums ihren Gang, trotzdem die Behörden intervenieren und die Annahme der Anträge der paritätischen Lohnkommission empfehlen. Bevor die Bewegung weitergetragen wird, will der spanische Verband die Klärung der Lage in den übrigen im Kampfe befindlichen Verbänden abwarten; immerhin ersucht er um die Vereinhaltung der Unterstützung, damit die Bewegung nicht mangels Mittel zusammenbrechen muß. Die Kommission wird auch weiterhin dieser Bewegung ihre volle Aufmerksamkeit schenken, drückt aber den entschiedenen Wunsch aus, das Internationale Sekretariat möge in Zukunft besser und zusammenhängender über den Verlauf der Bewegung unterrichtet werden.

Die Kommission nimmt die offizielle Meldung von der Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages und vom Beginn der Unterhandlungen für den Abschluß eines neuen Vertrages im ungarischen Buchdruckgewerbe zur Kenntnis. Die Verbände sind unterrichtet worden.

Der glückliche Abschluß der Bewegung des tschechoslowakischen Verbandes gegen den Einbruch in die Berufsgemeinschaft seitens der Prinzipalität von Prag, Reichenberg und Troppau ist zur Kenntnis genommen worden.

Eine Mitteilung der Staatsdruckerei in Sofia bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird zur Kenntnis genommen; im übrigen aber das Schreiben acta gelegt.

Ein ausführlicher Bericht des Verbandes der graphischen Arbeiter Rumäniens über die getroffenen Maßnahmen im Unterstützungs- und Beitragswesen wird dankend und als sehr anerkennenswert zur Kenntnis genommen.

Die Gruppe der Einleger des Gaus Elsaß-Lothringen des französischen Verbandes wünscht Intervention des Internationalen Sekretariats in einer Angelegenheit mit einem anderen angeschlossenen Verband. Nach eingeholten Erkundigungen beschließt die Kommission, auf die Angelegenheit nicht einzugehen.

Der graphische Verband in Buenos Aires (Argentinien) ersucht das Internationale Sekretariat, alle Kollegen der europäischen Verbände davor zu warnen, Arbeit nach Argentinien anzunehmen, da die Verhältnisse dort infolge der Arbeitslosigkeit sehr schlechte seien und die Kollegen sehr schlimme Erfahrungen machen würden. Die Redaktionen der Verbandsorgane sind um Weitergabe dieser Warnung ersucht.

Der Sekretär berichtet über die Konferenz, die er am 5. Februar in Genf, beim Internationalen Arbeitsamt, mit dem Herrn Direktor Albert Thomas, mit Herrn Ullstein (Berlin), Vorsitzendem der Prinzipals-Internationale, und mit drei hervorragenden Funktionären des Amtes über die Frage des Austausches junger Gehilfen hatte. Es wurde vereinbart, daß das Internationale Arbeitsamt nun seinerseits bei einigen in Frage kommenden Ländern seinen Einfluß geltend machen soll, um baldmöglichst den Austausch in Fluß zu bringen. Gleichzeitig soll eine größere Konferenz veranstaltet werden, die die Modalitäten des Austausches festlegen und die Anwendung des Austausches verallgemeinern soll.

Die Einladung des norwegischen Verbandes zu seinem am 13. April in Oslo beginnenden Verbandstag wird angenommen und Kollege Wessel (Stockholm), Mitglied der Erweiterten Sekretariatskommission, mit der Vertretung des Sekretariats beauftragt.

Die Kommission behandelt noch einige Fragen, die später erledigt werden sollen, so die Rarengen für den Bezug des Statutums im gegenseitigen Verhältnis, das Überhandnehmen von Kollegen, die sich als Frühklinge ausgeben, aber keinerlei Ausweis als Verbandsmitglied besitzen, und die Erledigung der durch die drei Exekutiven der graphischen Internationalen in Brüssel zu Händen des IGB. gefassten Resolution, betreffend die Arbeitszeit.

Bei seinem Abschied vom IGB. dankt die Kommission dem geschätzten Genossen Sassenbach für seine Dienste, die er der international organisierten Arbeiterschaft geleistet hat, und für die kameradschaftliche Art, mit der die Zusammenarbeit unter seiner Leitung vor sich ging.

## Aus den Zahlstellen

Berlin. Am 12. Februar nahmen die Vertrauenspersonen der Berliner Buchdruck- und Zeitungsbetriebe zu dem Schiedspruch im Buchdruckgewerbe Stellung. Die überfüllte Versammlung wurde zu einer machtvollen Kundgebung gegen die abbauwütigen Unternehmer, die sich die Folgen ihrer Konjunkturpolitik selbst zuschreiben haben. Den Bericht des Kollegen Gloth nahmen die Vertrauensleute der organisierten Berliner Hilfsarbeiter in größter Ruhe entgegen, um dann in der Aussprache scharf und sachlich ihre Meinung zu diesem Vorschub zu sagen. Die Berliner Mitglieder denken gar nicht daran, den Unternehmern irgendein Entgegenkommen zu zeigen. Mit aller Deutlichkeit kam zum Ausdruck, daß dieser Schiedspruch nicht nur eine große Ungerechtheit bedeutet, sondern auch ein Standal ist. Die einmütige Ablehnung war daher selbstverständlich. Die Berliner Vertrauensleute verlangen als Beauftragte ihrer Kolleginnen und Kollegen die von den Verbandsvertretern geforderte Verkürzung der Arbeitszeit; sie werden nicht eher ruhen, bis dieser ungerechte Schiedspruch aus der Welt geschafft ist. In einer Entschließung wurde diese Stellungnahme und die Forderung der Berliner Druckerarbeiter festgelegt.

Bilfswerba (Sa.). Die Jahreshauptversammlung am 31. Januar war gut besucht. Gauleiter Kollege Herrmann (Dresden) sprach über das Thema: „Die Lohnabbauoffensive der Unternehmer auf unsre Löhne.“ Die Wirtschaftskrise in Deutschland ist nicht nur eine Folge des verlorenen Krieges oder — wie es die Unternehmer und rechtsgerichtete Parteien gern hinstellen — eine Folge des Youngplans, sondern der ungemein rasche Fortschritt der Technik dürfte das Heer der Erwerbslosen immer mehr vergrößern. Anstatt auf die Vorschläge der Gewerkschaften (Arbeitszeitverfälschung) einzugehen, versuchen die Unternehmer, durch einen Lohnabbau aus dieser Krise herauszukommen. Auch die Unternehmer des Buchdruckgewerbes scheinen keinen anderen Weg zu wissen. Der Schiedspruch vom 17. Dezember war ein Erfolg für uns, doch dürften weitere Lohnabbauanträge der Unternehmer nur durch eine geschlossene Front der Kollegenchaft abzuwehren sein. Kollege Arndt erstattete nunmehr den Geschäftsbericht. Es wurden fünf Versammlungen abgehalten, davon drei mit Vorträgen. Der Besuch war stets ein guter. Ebenso war es möglich, einige Lohnkürzungen zu regeln. Der Rassenbericht der Kollegin Philipp ergab einen guten Stand der Kasse. Bei der Wahl wurde der gelamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Ein sich anschließendes geistliches Beisammensein hielt die Kolleginnen und Kollegen noch mehrere Stunden zusammen.

Breslau. Am 8. Januar d. J. hielt die hiesige Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Malitzky, gab den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr und freilich die politische sowie wirtschaftliche Lage im allgemeinen. Gegen fünf Millionen Arbeitslose haben wir innerhalb des Deutschen Reiches, und trotzdem haben wir immer noch Betriebe, in welchen Überstunden geleistet werden. Hier ist es Pflicht der Betriebsvertretungen, dem Abstand abzuheben. Die weiteren Ausführungen ließen die Fülle der örtlichen Arbeit erkennen, die im Interesse der Mitglieder und zum Vorteil des Verbandes geleistet wurde. Auf Wunsch der Versammlung wurde der Rassenbericht schriftlich bekanntgegeben. Kollege Kraut als Revisor bestätigte die Richtigkeit der Rassenführung und stellte den Antrag, der Kassiererin, Frau Kolke, Entlastung zu erteilen, dem Kartagegeben wurde. Hierauf wurde beschlossen, die Entschädigung des Vorstandes in derselben Höhe zu belassen wie im vorigen Jahr. Nun folgte die Neuwahl des Vorstandes, der sich wie folgt zusammensetzt: Erster Vorsitzender Kollege Malitzky, zweiter Vorsitzender Kollege Jenzler, Kassiererin Frau Kolke, erster Schriftführer Kollege Grall, zweiter Schriftführer Kollege Grüner, Beisitzer Kollege Pfeffer und Hobaus, Revisoren die Kollegen Kraut, Wuttke und Güttler. Im Anschluß hieran gab unser Gauleiter, Kollege Reinhold, einen Bericht über den Verlauf der Lohnverhandlungen. Bebauerdlich ist es, daß die von uns geforderte Arbeitszeitverfälschung im

Interesse der Arbeitslosen nicht aufkande gekommen ist. In der sehr lebhaften, zum Teil erregten Aussprache kam zum Ausdruck, daß sich die Kollegenchaft dem Lohnraub ganz entschieden entgegenstellen wird, sie fordert einmütig die Ablehnung des Schiedspruches. Unter Punkt „Verhildenes“ erinnerte der Vorsitzende an die bevorstehende Betriebsrätewahl; es sei Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, mit dafür zu sorgen, daß der rechte Mann an den rechten Platz kommt. Ferner empfahl er den Beitritt in die Volkshilfe, die auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut ist. Zum Schluß entspann sich noch eine lebhafte Debatte über Neuaufnahme und über den Ausschluß eines Kollegen.

Danzig. Generalversammlung am 11. Februar. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er führte aus, daß die Weltwirtschaftskrise auch vor der Freistadtgrenze nicht haltgemacht hat und die Arbeitslosenzahl von Monat zu Monat auch in Danzig anstieg, um im Dezember die Zahl von 24 000 Arbeitslosen zu erreichen. Die Unternehmer glauben diese Krise nur mit Lohnabbau aus der Welt schaffen zu können. Darum versuchen auch die Unternehmer im Buchdruckgewerbe von Danzig seit einem Jahr den Lohn für das weibliche Hilfspersonal um 10 Proz. zu kürzen. Das war auch die Ursache eines dreiwöchigen Streiks, der mit einer Niederlage der Unternehmer endete. Wir erzwangen nach einjähriger tariflicher Zeit die Wiederanerkennung des alten Lohn- und Manteltarifs. Durch die Niederlage, die sich die Unternehmer bei dem Vorstoß auf die Hilfsarbeiterlöhne geholt hatten, verärger, kündigten sie alles an Personal, was nicht unbedingt gebraucht wurde. Hatten wir im ersten Quartal nur 37 Mitglieder arbeitslos, so lag die Zahl im zweiten Quartal auf 73 an, im dritten Quartal zählten wir sogar 80 Arbeitslose, davon 72 Kolleginnen. Im vierten Quartal war eine Besserung des Arbeitsmarktes zu erkennen, es waren noch 44 weibliche und 7 männliche Arbeitslose vorhanden. Daß in dieser bewegten Zeit die Klagen vor dem Arbeitsgericht nicht ausbleiben, ist verständlich. In fünf Fällen konnten wir Vorteile in Höhe von 2964 Gulden für unsere Kollegen erreichen. Durch unseren Arbeitsnachweis wurden 38 Anstellungen, 26 Hilfsarbeiterinnen und 3 Hilfsarbeiter vermittelt. Jedoch wurde nur jüngerer Personal angefordert. Der Mitgliederstand ist etwas gekunten, wir hatten im vierten Quartal 262 Mitglieder. Der Grund hierfür ist die große Arbeitslosigkeit im Gewerbe, die die Kolleginnen zwingt — da auf absehbare Zeit keine Aussicht besteht, in unserm Gewerbe unterzukommen —, sich anderen Berufen zuzuwenden. Um die geschäftlichen Angelegenheiten des Verbandes zu erledigen, waren 40 Sitzungen und Versammlungen notwendig. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit dem Dank an die Funktionäre und Mitarbeiter für ihre aufopfernde Tätigkeit. Anschließend gab der Kassierer den Rassenbericht, aus dem hervorging, daß die Hauptkasse mit 10 072,80 Gulden abschloß. An den Hauptvorstand wurden trotz Streit und der großen Arbeitslosigkeit noch 2781,92 Gulden und für die Invalidentasse 1286,60 Gulden überwiesen. Mit dem Bestand vom vorigen Jahr in Höhe von 6531,47 Gulden hatte die Ortskasse eine Einnahme von 11 108,06 Gulden. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 5943,03 Gulden, so daß am Schluß des Jahres 5204,88 Gulden in der Ortskasse verblieben. Der Rückgang des Ortskassenbestandes ist auf die Zuschüsse für Streik, Arbeitslosen- und Weihnachtunterstützung zurückzuführen, die in diesem Jahr die Summe von 2756,85 Gulden erreichte. Nach einer kurzen Aussprache und Entlastung des Vorstandes wurden die Vorstandswahlen auf Antrag en bloc vorgenommen und der alte Vorstand wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Fritsch, Helene Köhler und Marg. Krause gewählt.

Dresden. In der Versammlung am 3. Februar 1931 für das Stein-, Holz- und Blechdruckerhilfspersonal, die sehr stark besucht war, berichtete Kollege Herrmann über die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern im Stein- und Holz- und über den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch. Nachdem in fünfständiger Verhandlung mit den Arbeitgebern, wie vorausgesehen, keine Einigung erzielt worden war, hatten sie den Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser fällte nach 18stündiger Verhandlung einen Spruch, der uns keinesfalls befriedigen wird. Unsere Verhandlungsbeisitzer im Schlichtungsausschuß sowie die Lohnkommission hatten eine schwere und nervenaufreibende Arbeit zu leisten, um die maßlosen Forderungen der Unternehmer so weit wie möglich herunterzudrücken, was die lange Verhandlungsdauer beweist. In ausführlicher Weise kritisierte Kollege Herrmann den Schiedspruch. Die Kaufdauer des Manteltarifs soll bis 31. Dezember 1931, dagegen die des Lohntarifs nur bis 31. Mai 1931 gehen. Kollege Herrmann schloß seinen Bericht mit einer kurzen Auffassung über die Situation, die eintritt bei Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches. In ergänzender Weise gab Kollege Täubrich als Beisitzer bei den Schlichtungsverhandlungen einen kurzen Bericht über die reaktionäre Verhandlungsweise der Unternehmer. In der Diskussion wurde in äußerst scharfen Worten der Unwille über den gefällten Schiedspruch zum Ausdruck gebracht und in treffender Weise die arbeitserfreundliche Taktik der Unternehmer unseren Mitgliedern vor Augen geführt. In seinem Schlusswort betonte Kollege Herrmann, daß wir bis jetzt immer eine Kampfgesinnung gewesen sind und es auch weiterhin bleiben werden. Unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage versuchen die Unternehmer erhebliche Lohnkürzungen und eine Verschlechterung nach der anderen den Arbeitern zu diktiert. Unter Ausnutzung aller Kräfte haben unsere Beisitzer sowie die Lohnkommission das Beste geleistet, um die Forderungen der Unternehmer abzuwehren. Kollege Herrmann sprach deshalb im Namen der Versammlung unseren Unterhändlern seine Anerkennung und seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Die Mitglieder haben nun selbst zu entscheiden, ob sie den Schiedspruch annehmen oder ablehnen. Unter schwersten Bedenken und nur unter dem Zwange der wirtschaftlichen Notlage wurde der Schiedspruch gegen vier Stimmen angenommen.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 8. Februar gab Kollege Lohse einen Bericht vom Stand der Lohnverhandlungen und den Abwehrmaßnahmen der Verbände. Er betonte in seinen Ausführungen, daß die Unternehmer auf einen geschlossenen Widerstand der Druckerarbeiter stehen werden. Einer gut geleiteten Abwehr unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen muß Erfolg beschieden sein. Im Betrieb des „Hamburger Fremdenblattes“ ist z. B. in der letzten Woche der Versuch gemacht worden, die Löhne abzubauen. Nebenbei unsere Kollegenchaft sollte davon betroffen werden, doch die Maßnahmen der Kollegen haben gezeigt, daß durch geschlossenen Widerstand dieser Versuch vereitelt werden konnte. Die Aussprache war recht lebhaft,

